



PRESSEMITTEILUNG

Luftbelastung in Deutschland und Europa weiterhin massiv: Deutsche Umwelthilfe fordert Sofortmaßnahmen gegen Dieselaabgas NO₂, Feinstaub und Ozon

Luft in Deutschland und Europa ist laut Bericht der Europäischen Umweltagentur noch immer stark belastet – Messungen der Deutschen Umwelthilfe in Osteuropa belegen Auswirkungen der gescheiterten Verkehrspolitik der Bundesregierung nach Dieselskandal – DUH fordert Sofortmaßnahmen gegen Luftschadstoffe aus Verkehr, Holzfeuerungsanlagen und Landwirtschaft zum Schutz von Gesundheit und Klima

Berlin, 16.10.2019: Die Luft in Europa und insbesondere in Deutschland ist nach wie vor stark belastet. Das belegt der heute veröffentlichte Luftqualitätsbericht der Europäischen Umweltagentur (EEA). Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) fordert daher die betroffenen Städte, Bundesländer und die Bundesregierung auf, mit Sofortmaßnahmen eine bessere Luftqualität für die Bevölkerung sicher zu stellen. Messungen der DUH zum Dieselaabgasgift Stickstoffdioxid in fünf Ländern zeigen, dass die Bundesregierung in ihrem Umgang mit dem Dieselskandal auch international gescheitert ist.

Luftverschmutzung ist die größte umweltbedingte Gefahr für die Gesundheit in Deutschland und in der Europäischen Union. Die größten umweltbedingten Beeinträchtigungen für die menschliche Gesundheit gehen von Feinstaub (PM_{2,5}), Stickstoffdioxid (NO₂) und Ozon (O₃) aus. Die Zahl vorzeitiger Todesfälle durch das Dieselaabgasgift NO₂ bleibt erschreckend hoch: 11.900 vorzeitige Todesfälle sind alleine in Deutschland darauf zurückzuführen. Die Anzahl vorzeitiger Todesfälle durch die Belastung mit Ozon betrug 2.400. Weiterhin auf hohem Niveau sind die nahezu 60.000 vorzeitigen Todesfälle durch Feinstaub in Deutschland. Damit belegt Deutschland noch vor Italien und Polen Platz 1 dieser bitteren Bilanz.

Dazu Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der DUH: „Die Bundesregierung ist leider auch beim schmutzigen Betrugsdiesel-Pkw Exportmeister. Doch anstatt das Problem nach Süd- und Osteuropa zu schicken, muss Kanzlerin Merkel endlich alle in- und ausländischen Autokonzerne zwingen, sämtliche betroffenen Fahrzeuge kurzfristig zurückzurufen. Sie müssen eine Hardware-Nachrüstung mit auf der Straße funktionierenden Abgasreinigungssystemen erhalten.“

Dabei betrachtet die EEA nur die Werte, die offiziell durch die Mitgliedstaaten gemeldet werden. Dass die Belastung oftmals noch deutlich höher ist – und damit auch die Gesundheitsauswirkungen noch drastischer sind – zeigt die DUH in ihrem heute veröffentlichten Bericht über NO₂-Messungen aus Deutschland, Tschechien, Bulgarien, Slowenien und Serbien.

Trauriger Spitzenreiter mit dem höchsten der gemessenen Werte ist Belgrad in Serbien mit 106,8 µg/m³. Auch in den weiteren Ländern wurden NO₂-Belastungen über 70 µg/m³ ermittelt. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass das Dieselaabgas NO₂ nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa ein Problem darstellt. Aufgrund mangelnder behördlicher Vorgaben zur wirksamen Reparatur von illegalen Abschaltvorrichtungen verschmutzen zahlreiche Diesel-Fahrzeuge mit hohem Stickoxidausstoß nach dem Export gen Osteuropa dort die ohnehin hoch belastete Luft.

Auch die Belastung durch Feinstaub (PM 2,5) verharrt seit Jahren auf hohem Niveau. Vier von fünf europäische Stadtbewohner sind weiterhin höheren Feinstaubwerten ausgesetzt als die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt. Feuerungsanlagen in Haushalten, wie beispielsweise Kaminöfen, stellen dabei nicht nur die bedeutendste Quelle von Feinstaub, sondern auch von klima- und gesundheitsschädlichem Ruß und krebserregendem Benzo(a)pyren dar.

„Die hohe Zahl an vorzeitigen Todesfällen durch Feinstaub, die in Deutschland höher ist als in allen anderen EU-Staaten, zeigt, dass das Feinstaub-Problem trotz gegenteiliger Beschwichtigungen längst nicht gelöst ist. Städte und Gemeinden sind in der Pflicht, umfassende Maßnahmen für den Schutz ihrer Einwohner zu ergreifen und sich dabei an den WHO-Richtwerten für Feinstaub zu orientieren. Auf kommunaler Ebene besteht eine Vielzahl von Möglichkeiten, gesundheitsschützende Vorgaben für die private Holzfeuerung umzusetzen. Emissionsarme Öfen und Kessel mit obligatorischer Abgasreinigung müssen in belasteten Gebieten zum Standard werden“, so Resch weiter.

Emissionen aus der Landwirtschaft haben ebenfalls Einfluss auf die Luftqualität in den Städten: Ammoniak führt zur Bildung von Feinstaub, Methan zur Bildung von bodennahem Ozon. Beide Schadstoffe stammen vorwiegend aus der Landwirtschaft und werden bislang nur unzureichend adressiert. 2017 registrierte jede fünfte europäische Messstation eine Überschreitung der EU-Vorgaben für Ozon.

Barbara Metz, Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin der DUH, betont: *„Die Ammoniak-Emissionen in Europa steigen seit 2013. Der dadurch entstehende Feinstaub schadet der Gesundheit. Reduktionsmaßnahmen müssen insbesondere in der Nutztierhaltung und bei der Düngung auf dem Feld ansetzen. Das ist seit langem bekannt, wird aber auch von der amtierenden Ministerin Klöckner nicht angepackt.“*

Hintergrund:

Die DUH kämpft seit mehr als zehn Jahren für das Recht auf Saubere Luft und initiierte im Rahmen der Kampagne „Right to Clean Air“ (LIFE15 GIE/DE/795 LEGAL ACTIONS) Klagen in 39 Städten mit Überschreitungen der Luftqualitätsgrenzwerte. Weitere Informationen: www.right-to-clean-air.eu

Die DUH setzt sich außerdem dafür ein, Feinstaub- und Rußemissionen aus Öfen und Heizkesseln zu senken. Dazu informieren wir im Projekt „Clean Heat“ (LIFE14 GIE/DE/490 CLEAN HEAT) Verbraucher und beteiligen uns daran, technische und politische Lösungen voranzubringen. Weitere Informationen: www.clean-heat.eu

Im Projekt „Clean Air Farming“ (LIFE17 GIE/DE/610 AIR & AGRICULTURE) adressiert die DUH die Luftbelastung durch Methan und Ammoniak aus der Landwirtschaft. Weitere Informationen: www.clean-air-farming.eu

Die drei Projekte werden vom LIFE-Programm der Europäischen Union gefördert.



Links:

Zum Bericht der Europäischen Umweltagentur: <https://www.eea.europa.eu/publications/air-quality-in-europe-2019>

Zum Bericht der DUH NO₂-Messungen: <http://l.duh.de/p191016>

Kontakt:

Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer
0171 3649170, resch@duh.de

Barbara Metz, Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin
0170 7686923, metz@duh.de

DUH-Pressestelle:

Ann-Kathrin Marggraf, Marlen Bachmann
030 2400867-20, presse@duh.de

www.duh.de, www.twitter.com/umwelthilfe, www.facebook.com/umwelthilfe,
www.instagram.com/umwelthilfe